

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 28. April 1893.

Die Militärreform.

6. Sachliche Einwände.

Daß die Parteien, die bisher die dreijährige Dienstzeit vertreten hatten, große Zurückhaltung beobachteten, war durchaus begreiflich, und die konservative Partei nahm einen ganz korrekten Standpunkt ein, indem sie erklärte: Widerlegt ihr unsere Bedenken gegen die Abkürzung der Dienstzeit, weist ihr nach, daß die nun zahlreichere Truppe so gut sein wird, als die gegenwärtige kleinere, so sind wir für's Ganze; andernfalls bleiben wir beim Alten. Von 31 Gutachten hoher Truppenführer lautete keines zu Gunsten der bestehenden verstümmelten dreijährigen Dienstzeit, 25 erklären sich für die unter gewissen Garantien unbedenkliche Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit. Was sich bisher von Männern, die eine anerkannte militärische Autorität besitzen, neben den für die Vorlage verantwortlichen Personen, Reichskanzler, Chef des Generalstabes, Kriegsminister öffentlich hat vernehmen lassen, ist für die Vorlage eingetreten, nicht bloß Generale, die schon früher für die zweijährige Dienstzeit geschrieben haben, wie Freiherr v. d. Goltz und v. Boguslawski, sondern auch General v. Leszczynski u. A. Ihnen ist neuerdings General v. Kameke beigetreten, der Nachfolger Roons im Kriegsministerium, das er unter dem großen Kaiser Wilhelm zehn Jahre verwaltete, — der beste Beweis, daß die neue Organisation mit dem Geist und Wesen der guten alten Traditionen übereinstimmt.

Bedenken gegen die vierten Bataillone regten sich in allen Parteien. Die Erinnerung an den alten „Schwamm“ wurde aufgefischt. Aber von allen Theilen der Vorlage hat keiner so wie dieser, einen moralischen Erfolg nach den Aufschlüssen in der Militärkommission davongetragen. Bis weit in die Reihen der Oppositionsparteien hinein werden die vierten Bataillone jetzt ebenso wie die Statsverstärkungen „grundständig“ gutgeheißen.

Ein weiterer Einwand, der, wenn er berechtigt wäre, alle Beachtung verdiente, kam besonders von nationalliberaler und freisinniger Seite: Wir sollen für ein jährliches Rekrutenkontingent von 248 000 Köpfen nicht genug taugliche Leute haben. Dabei haben wir jährlich Tausende von Ueberzähligen, 85—90 000 der Ersatzreserve überwiesene Mannschaften, „bedingt Taugliche“, die größtentheils nur an Schönheitsfehlern (Narben, gut geheilten Brüchen, leichtem Stammeln, leichten Fingerverletzungen etc.) leiden oder bisher wegen Mindermaßes bis zu 1,54 cm nicht eingestellt wurden. Frankreich hebt bei einer Bevölkerung von 38—39 Millionen Köpfen jährlich 230 000 Rekruten aus; man wird nicht behaupten können, daß in Frankreich unter 1000 Militärpflichtigen mehr Taugliche vorhanden seien als in Deutschland, daß es also einen gesünderen und kräftigeren Menschenschlag habe. Nach unserer Bevölkerung von 49—50 Millionen Menschen müßte sich also, alles übrige gleich gesetzt, unsere jährliche Rekrutenzahl zur französischen wie 5 : 4 verhalten d. h. wenn Frankreich 230 000 aushebt, müßten wir an 290 000 ausheben. Die Militärvorlage verlangt aber nur 248 000; die werden wir mit einer um 11 Millionen stärkeren Bevölkerung doch ganz sicher aufbringen. Die vorläufigen Ergebnisse des diesjährigen Musterungsgeschäfts stellen das außer allen Zweifel.

Der Anhang des Abg. Richter in der freisinnigen Partei, will mit der Volkspartei und einem großen Theile des Centrums nur so viel bewilligen, als zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit unter Beibehaltung der gegenwärtigen Friedensstärke erforderlich wäre, d. h. nur höchstens 27 000 neue Rekruten zum Ersatz des dritten Jahrgangs. Der Vorschlag bietet eine Erhöhung der Kriegsstärke um nur 450 000 Mann, womit wir noch sehr erheblich hinter der französischen Kriegsstärke zurückbleiben würden; er macht die zweijährige Dienstzeit, die nur Mittel zum Zweck sein darf, zum Selbstzweck, bietet nichts als Ausgleich

zur Sicherung der Güte der Truppen, verschlechtert sie also, bietet nichts von vierten Bataillonen und sonstigen Friedensstämmen, nichts an Statsverstärkungen, läßt also auch die Schwächen der Mobilmachung fortbestehen, rüftet die störenden und gegenüber den voll Dienenden ungerechten Uebungen der Ersatzreservisten fort, schont die jungen tauglichen Kräfte auf Kosten der Familienväter, enthält überhaupt keine Zahl für die Friedensstärke und gar keine neue Organisation. Und dieses Alles, obgleich das freisinnige Programm „volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht“ fordert!!

Der Antrag Bennigsen bot eine Zahl, aber keine genügende Organisation. Es war ein ernsthafter Versuch, aber keine befriedigende Lösung der Aufgabe.

Dem Reformplan ist weder im Reichstage noch in der Litteratur irgend ein anderer Plan von beachtenswerther Seite entgegengestellt worden. Die Zahlen, auf denen er beruht, konnten nicht widerlegt werden, ein Nachweis, daß die neue Organisation entbehrlich sei, ist nirgends geführt, die militärische Nothwendigkeit der Reform im Ganzen vielmehr klar erwiesen worden.

7. Die Kosten.

Die Durchführung der Militärreform würde an einmaligen Ausgaben 67,8 Millionen Mark, an fortlaufenden Ausgaben zunächst 56,4 Millionen Mark, später — wenn die Uebungen des vermehrten Beurlaubtenstandes, Vermehrung der Chargen etc. hinzukommen — 64 Millionen Mark kosten. Die fortdauernden Ausgaben mögen sich in späteren Zeiten wegen der steigenden Pensionslast und dergleichen noch um einige Millionen erhöhen.

Man sagt nun, das könne das deutsche Volk finanziell nicht leisten, die neue Last sei unerträglich. Sehen wir einmal zu, was Frankreich im Vergleich zu uns für seine Landesverteidigung ausgiebt. Wir benutzen dazu eine dem Kommissionsbericht beigelegte Tabelle. Deutschland gab für 1892/93 aus: für das Landheer 539,9 Millionen Mark, für die Marine 86,6 Millionen Mark, an Zinsen für Anleihen zu Zwecken des Landheeres 36 Millionen Mark, zusammen also 662,5 Millionen Mark. Dagegen Frankreich 1892: für das Landheer 609 Millionen Mark, für die Marine 206 Millionen Mark, für Zinsen von Krediten zu Zwecken des Landheeres 116 Millionen Mark, zusammen 931 Millionen Mark. Frankreich gab also mehr aus als wir: 268,5 Millionen Mark. Von den Gesamtkosten der Kriegsmacht (Heer und Marine) kamen auf den Kopf der Bevölkerung 1892:

in Deutschland	13,20 Mark
in Frankreich	21,93 „
mithin mehr in Frankreich . . .	8,73 „

Frankreich soll ein reicheres Land sein, aber es ist sicherlich nicht um 66 pSt. reicher als wir; so groß ist der Unterschied in der finanziellen Militärlast! Daß die gesammte Steuerlast für den Einzelnen in Frankreich viel, viel höher ist als bei uns, ist wiederholt von den verschiedensten Seiten unwiderleglich dargethan worden.

Die Behauptung von unserer Leistungsunfähigkeit ist nicht bewiesen worden und kann überhaupt nicht bewiesen werden. Bewiesen aber ist, daß unsere Heereseinrichtungen dringend eine Reform erfordern, daß wir uns der Zahl und Tüchtigkeit nach verstärken müssen, sollen wir nicht gegen das viel geringer bevölkerte und mit Schulden und Steuern viel mehr belastete Frankreich mit unserer Wehrkraft in's Hintertreffen kommen. Daß die Militärvorlage nach Möglichkeit auf die wirthschaftliche Kraft des Landes Rücksicht nimmt, das zeigt die Erleichterung der persönlichen Dienstlast, die mit der allgemeinen Wehrpflicht durchgeführt werden soll.

Wer hiernach die Schonung des Geldbeutels für wichtiger hinstellt als die Kraftanspannung zur Sicherung des Vaterlandes gegen

äußere Gefahren, der zäumt das Pferd beim Schwänze auf. Will man einen unglücklichen Krieg abwenden, der an Gut und Blut tausendmal mehr kostet, als die jährliche Unterhaltung des Heeres, so muß man ein starkes, überlegenes Heer haben. Und will man finanziell gut wirtschaften, so muß das Erste sein, daß man nicht da spart, wo durch Knäuferei das Gedeihen der ganzen Wirtschaft in Frage gestellt würde. Nach einem unglücklichen Kriege sind alle Jahrzehnte lang gemachten Ausgaben für das Heer, das seinen Zweck nicht erfüllte, so gut wie verschwendet. Das zeigt sehr gut folgende Geschichte, die kürzlich irgendwo zu lesen war:

Es war ein Mann, der ließ ein Schiff bauen. Die Sachverständigen verlangten eine Maschine von mehreren Tausenden von Pferdekraften. Der Mann strich davon tausend und ersparte 100 000 Mark. Als das Schiff auf dem ruhigen Spiegel des Meeres dahinglitt, triumphirte der Mann und verlachte die Sachverständigen. Auf seiner ersten Fahrt vom Sturme, dem die Maschinen nicht gewachsen waren, gegen Klippen und Riffe getrieben, ging das Schiff mit Mann und Maus zu Grunde. Der Mann hatte aber doch 100 000 Mark erspart!

Politische Tagesfragen.

Das Kaiserpaar in Italien.

Der Aufenthalt unseres Kaiserpaars in Italien gestaltet sich zu einer ununterbrochenen Reihe von Huldigungen. Der Kaiser hat daher der Bekanntmachung, in der der König Humbert den Dank des italienischen Königspaars für die enthusiastischen Ovationen während der letzten Tage auspricht, auch seinen Dank für den warmen Empfang in Rom angeschlossen. Am Donnerstag hat das Kaiserpaar zusammen mit dem italienischen Königspaar Rom verlassen und die Fahrt nach Neapel angetreten. Die Stadt Neapel hat sich zu dem Empfang der Fürstlichkeiten in wahrhaft großartiger Weise gerüstet, die Straßen vom Bahnhof bis zum Schlosse sind in eine via triumphalis umgewandelt, überall wo es möglich war, sind die deutschen und italienischen Farben angebracht, selbst die Laternenpfähle sind nicht verschont geblieben. In den Straßen, welche die Majestäten passieren mußten, bildeten Truppen und Vereine Spalier und eine unermeßliche Menschenmenge füllte Straßen und Plätze. Um 2 1/2 Uhr lief der Kaiserzug ein, 21 Kanonenschüsse vom Geschwader her verkündeten dies der harrenden Menge und auf dem Schloß gingen die Kaiser- und Königsstandarten in die Höhe. Als die Kaiserlichen und Königlichen Herrschaften erschienen, stimmten die Musikkorps die Preußenhymne an, die Menge brach in Jubel aus und von Balkons und Dächern ergoß sich ein Regen von Blumen und Fähnchen auf die Einziehenden. Dann durchbrach das Publikum den Militärkordon und brachte noch einmal vor dem Schlosse brausende Huldigungen dar. Am Abend war die Stadt glänzend erleuchtet. Leider blieb das Wetter nicht so schön wie bisher, mehrmals gingen Regenschauer nieder. Auch am Freitag, als die Herrscherpaare mit Gefolge sich zu einer Rundfahrt auf dem Golf rüsteten, war das Wetter regnerisch, und das herrliche Panorama zeigte sich nicht in seiner vollen Schönheit. Indessen klarte sich der Himmel später auf. Um 10 Uhr begaben sich die Majestäten an Bord des Lepanto, und um 10 Uhr 20 Minuten verließ dieser, gefolgt vom Panzerschiff Umberto, vier anderen Kriegsschiffen und zahlreichen Privatdampfern, den Hafen, während eine ungeheure Menschenmenge lebhaft Ovationen darbrachte und die Kriegsschiffe den Ehrensalut abgaben.

Kardinal Ledochowski.

Ueber eine Aeußerung, die der Kaiser bei dem Mahle in der preuß. Gesandtschaft beim Vatikan in Rom zu dem Kardinal Grafen Ledochowski gethan haben soll, haben sich manche Blätter einer ganz unnötigen Erregung hingegeben. Wie jetzt in römischen Telegrammen und in Mittheilungen sonst gut unterrichteter Blätter, wie der Hamb. Corr. verlautet, sind die Worte, die der Kaiser zu dem Kardinal gesprochen hat, dahin gegangen, daß ihm, dem Kardinal, der Zutritt zu seinem Heimathlande offen stehe, d. h. daß er für die gegen ihn verhängten und noch nicht verbüßten Strafen begnadigt sei. Durch diesen Gnadenakt sind die Folgen von Ereignissen, die um fast 20 Jahre zurückliegen, der Vergessenheit übergeben worden.

Die Form, welche die „Kölnische Volkszeitung“ der an den Kardinal gerichteten Aeußerung des Kaisers giebt, ist, wie der Reichsanzeiger mittheilt, vollständig erfunden.

Beschaffenheit des Heereserfages.

Dem Kommissionsbericht über die Militärvorlage sind u. A. zwei Tabellen beigegeben, welche die Körperbeschaffenheit der Militärpflichtigen in den Jahren 1880/91 veranschaulichen. Beim Obererfagesgeschäft wurden in Preußen vorge stellt Militärpflichtige 1880: 320 727, 1890: 344 330, 1891: 335 583. Davon waren tauglich zum Dienst mit der Waffe 1880: 125 310 (391 von 1000 Vorgestellten) 1890: 146 483 (425 ‰), 1891: 148 054 (441 ‰). Bedingt tauglich waren a) wegen geringer Fehler 1880: 44 134 (137 ‰), 1890: 41 870 (122 ‰), 1891: 40 162 (120 ‰), b) wegen bleibender Gebrechen 1880: 24 426 (76 ‰), 1891: 29 815 (89 ‰). Zeitig untauglich waren 1880: 55 710 (174 ‰), 1891: 44 595 (133 ‰). Dauernb untauglich waren 1880: 66 431 (207 ‰), 1891: 68 671 (205 ‰).

Der Abgang an Dienstunbrauchbaren, Halbinvaliden und Ganzinvaliden während der Dienstzeit steigerte sich in dieser Zeit von 9 052 auf 14 148 d. h. von 27,7 ‰ der Kopfstärke des Heeres auf 33,8 ‰. Der Abgang der Dienstunbrauchbaren blieb sich mit 20 bis 21 auf 1 000 Mann der Kopfstärke ziemlich gleich, die Halbinvaliden stiegen von 2,7 auf 5, die Ganzinvaliden von 4,5 bis 7.

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken: Die Körperbeschaffenheit der Militärpflichtigen ist sehr günstig, die Zahl der Tauglichen ist erheblich gestiegen. Dabei ist daran zu erinnern, daß früher militärische Interessen gegen die Einstellung bedingt Tauglicher geltend gemacht wurden, wie z. B. Rücksichten auf das parademäßige Aussehen, die heute wegfallen. Der Abgang an Dienstunbrauchbaren ist sich gleich geblieben. Die Steigerung des Abgangs an Invaliden erklärt sich im Wesentlichen aus höheren Anforderungen im Dienst, z. B. an die Sehkraft, ferner besonders aus den Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft, der sorgfameren ärztlichen Ueberwachung; so werden z. B. neuerdings Leute mit beginnendem Lungenleiden sofort entlassen, ähnlich ist es bei Bruchschäden. Eine Verringerung der Beschaffenheit des Heereserfages kann nicht behauptet werden. Wenn die Erfageskommissionen mehr als früher geneigt sind, Leute, anstatt sie auszumustern, noch dem Landsturm zu überweisen, so spricht dabei außer den militärischen Interessen, nach denen im Kriegsfalle auch Waffenuntüchtige als Erdarbeiter, im Bureaudienst zc. gebraucht werden, auch die Rücksicht darauf mit, daß Jemand, der für absolut untauglich erklärt ist, im bürgerlichen Leben schwerer fortkommt.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Die Berichte aus Rom und Neapel über die Aufnahme unseres Kaiserpaars

haben glänzende Feste, rauschende Huldigungen und viele erhebende Eindrücke geschildert, welche die Majestäten hervorgebracht und empfangen haben. Ueber den

Besuch im Vatikan

am Sonntag hatten sich deutsche Blätter zum Theil recht unnötige Gedanken gemacht. Man fand die Auszeichnungen an hohe Würdenträger der Kurie auffällig, es erschienen in Blättern, die noch von dem überwundenen Kulturkampf zehren, Artikel mit der Ueberschrift: „Katholisch oder Centrum ist Trumpf“, während jede unbefangene Würdigung davon ausgehen mußte, daß der Besuch im Vatikan ein Gebot der Höflichkeit war. Der Papst nimmt nach internationalem Recht eine gleichsam souveräne Stellung ein, Preußen unterhält einen Gesandten am päpstlichen Stuhle, die Beziehungen zu der Kurie sind seit Beilegung der kirchenpolitischen Wirren normal. Zumal nach dem gleichartigen Vorgang im Jahre 1888 hätte die Ignorirung der Residenz des Oberhauptes der katholischen Kirche Empfindlichkeiten wecken und den Gefühlen von Millionen Unterthanen des Kaisers und Königs zu nahe treten müssen. Die Auszeichnungen entsprechen dem höfischen Brauche. Statt in diesen Dingen die Pflege freundlicher Beziehungen zu sehen, sollte durchaus ein Zusammenhang mit der

Militärvorlage

hergestellt werden. Aber, wie auch der „Reichsanzeiger“ bestätigt, ist in den vatikanischen Unterredungen sowohl Seiner Majestät als auch des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes die Militärvorlage mit keiner Silbe erwähnt worden, und man hat nicht erwartet oder gewünscht, daß in dieser inneren Reichsangelegenheit eine Einwirkung von Rom aus ausgeübt werde. Es ist auch wiederholt hervorgehoben worden, daß die Regierung davon entfernt sei, die Militärvorlage etwa zum Gegenstande eines Tauschhandels zu machen, und daß auch die patriotischen Elemente im Centrum keinen solchen Gedanken hegten. Jetzt schreibt der „Reichsanzeiger“: „Öffentliche Blätter stellen Betrachtungen an, die davon ausgehen, daß zwischen der Regierung und dem Centrum ein Verkehr bestehe, welcher darauf abziele, für die Unterstützung der Militärvorlage Konzessionen auf kirchlichem Boden einzutauschen. In den Besprechungen, welche zwischen dem Reichskanzler und hervorragenden

Mitgliedern des Centrums über die Militärvorlage stattgefunden haben, ist niemals weder von der einen noch von der anderen Seite von solchem Handel die Rede gewesen."

Der Bericht der Militärkommission ist am Montag festgestellt und alsbald vertheilt worden. Die

zweite Lesung im Plenum

soll nächste Woche abgehalten werden. Die Aussichten auf ein Kompromiß scheinen nicht günstig zu sein; es heißt, daß die zu einer Verständigung bereiten Mitglieder des Centrums nur über eine sehr geringe Stimmenzahl verfügten. Damit würde die

Auflösung des Reichstags

immer wahrscheinlicher werden, da an einem solchen Beschlusse des Bundesraths und an der Zustimmung des Kaisers nicht gezweifelt wird.

Der Reichstag kennzeichnete am Dienstag die Vorwürfe des

Abg. Ahlwardt

gegen den Invalidenfonds als gänzlich haltlose Beschuldigungen. Die „Actenstücke“, auf die sich Ahlwardt berief, beziehen sich gar nicht auf den Invalidenfonds, sind auch keine Originalacten, sondern neben Broschüren und Zeitungen Abschriften von Acten der rumänischen Eisenbahngesellschaft. Finanzminister Miquel wies das zum Theil ganz sinnlose und verleumderische Treiben auf das Nachdrücklichste zurück. In der ersten Sitzung der Kommission, die sich mit Prüfung des Beweismaterials beschäftigen soll, ergab sich nichts anderes als neue vergebliche Winkelzüge des Abg. Ahlwardt. Es ist unter allen Parteien, antisemitische Gruppen eingeschlossen, nur eine Stimme, daß der Abg. Ahlwardt an Verleumdungsfucht leidet und ihm schon zu viel Ehre mit den langen Debatten geschehen ist. Der Reichstag erledigte in dritter Lesung die Vorlage wider den Verrath militärischer Geheimnisse; die Aenderung aus der zweiten Lesung, daß die Veröffentlichung von „Nachrichten“ nicht unter das Gesetz fallen soll, wurde trotz des Eintretens des Kriegsministers dagegen aufrecht erhalten.

Bei der Berathung des

Kommunalsteuergesetz

im Abgeordnetenhaus kam es namentlich über die Frage der Miethsteuer zu längeren Debatten. Schließlich wurde ein Antrag Friedberg, wonach bis zum 1. April 1900 die Miethsteuern außer Kraft gesetzt werden sollen, mit 128 gegen 124 Stimmen angenommen. Zu § 34, der es in Bezug auf die Kommunalbesteuerung der Staatsbeamten, Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer bei den bestehenden Vorschriften bewenden läßt, machte der Ministerpräsident gegen Anträge auf Beseitigung des Rechts der Beamten geltend, daß der Beamte durch außerhalb seiner Person liegende Umstände daran gehindert wird, sich seinen Wohnsitz auszuwählen. Für die Staatsregierung sei es ein Ding der Unmöglichkeit, im Augenblicke, wo den Gemeinden neue Steuerquellen eröffnet werden und bei der Herabminderung des Geldwerthes, durch die sich die Beamtengehälter verschlechtern, die ermäßigte Heranziehung der Beamten zu den Kommunalsteuern zu beseitigen. Das Haus entschied sich für einen freikonservativen Antrag, nach dem das Privilegium bis zum Erlaß eines besonderen Gesetzes in Geltung bleiben soll. Ebenso wurde eine Resolution des Centrums angenommen, nach der die Vorrechte der Beamten gleichzeitig mit der weiteren Aufbesserung der Gehälter beseitigt werden sollen. —

Aus dem Auslande.

In

Italien

ist die silberne Hochzeit des Königs Humbert und der Königin Margherita mit großem Pomp gefeiert worden. Die begeisterten Huldigungen aus allen Schichten der Bevölkerung legten beredt Zeugniß ab, daß sich das italienische Königshaus in hohem Grade die Liebe des Volkes zu erwerben und zu bewahren verstanden hat. Dies zeigte sich noch ganz besonders bei der gewaltigen Volkskundgebung, die am 22. April stattfand: An fünfhundert Vereine mit Fahnen und Musikkorps, ein Zug von über 30 000 Personen, defilirten an dem Quirinal vorüber, von der unzähligen Volksmenge lebhaft begrüßt, und brachten dem Königspaar begeisterte Huldigungen dar. Unter den zahlreichen Geschenken findet die Gabe des deutschen Kaisers, eine massiv silberne Statue der Italia von Professor Vegas, allgemeine Bewunderung.

In

ungarischen

Abgeordnetenhaus hat die Regierung die ersten beiden kirchenpolitischen Vorlagen eingebracht: Das Gesetz über die Civilstandsregister und das Gesetz über die Reception der Juden. Nach dem ersteren sollen bis Ende 1894 staatliche Geburts-, Ehe- und Sterberegister eingerichtet werden. Die Führung derselben soll Staats- oder Gemeindebeamten übertragen werden. Die Anmeldungen sollen gebührenfrei sein. Bei Eheschließungen muß bis zur Einführung der Civilehe der kirchliche Matrikelauszug bei-

gebracht werden. Die Geistlichen sollen verpflichtet sein, Auszüge zu geben. Die Unterlassung von Anmeldungen oder Widerfalschheit von Geistlichen ist mit Strafe bedroht. Die Kosten für den Staat werden auf jährlich 850 000 Gulden berechnet. — Nach der zweiten Vorlage soll die jüdische Religion der anderen gesetzlich gleichgestellt werden und der Uebertritt von der jüdischen zur christlichen Religion und umgekehrt gestattet sein.

Bei den

schweizerischen

Regierungswahlen im Canton Basel wurden 4 Freisinnige und 3 Konserbative gewählt. Die Wahlen für den großen Rath ergaben 55 Freisinnige, 34 Konserbative, 7 Centrumsmitglieder und 3 Sozialisten. 30 Stichwahlen sind erforderlich.

In

Belgien

wird wahrscheinlich auch der Senat dem neuen Wahlgesetz bestimmen. Vorläufig ist im Ausschuß des Senats, der die Verfassungsrevision zu berathen hat, der Antrag Ruffen mit 11 gegen eine Stimme angenommen worden. 6 Mitglieder enthielten sich der Stimme. — Im Kohlenbecken von Charleroi streiken noch etwa 10 000 Mann wegen Lohnforderungen, in der Nähe von Mons fanden noch einige Ausschreitungen statt, im allgemeinen herrscht aber wieder Ruhe.

In

französischen

Senat kam am Dienstag der Fall Turpin zur Sprache. Freycinet erklärte, Turpin habe verlangt, die Regierung solle seine Patente als Monopole ankaufen. Da er aber 5 Millionen verlangt habe, so hätten sich die Unterhandlungen zerschlagen. Ebenso habe Deutschland das Turpinsche Angebot abgelehnt. Bestraft sei Turpin nur wegen seines Buches über das Melinit worden, nicht aus Staatsgründen. Die Vorkommnisse hätten im übrigen keine nachtheiligen Folgen für die nationale Wehrkraft gehabt. — Bei den Stichwahlen zum Pariser Municipalrath wurden gewählt: 19 Radikale, 8 Socialisten, 4 gemäßigte Republikaner, 2 Revisionisten und 5 Anhänger der Wiederzulassung der Ordensschwester zur Krankenpflege.

In

englischen

Unterhaus ist nach äußerst erregten Debatten am 21. April in einer bis nach 1 Uhr ausgedehnten Sitzung mit 347 gegen 304 Stimmen beschlossen worden, die zweite Lesung der Homerulevorlage am 4. Mai zu beginnen. Am Sonnabend fand eine große Demonstration gegen die Homerulevorlage von 600 aus Ulster zu diesem Zwecke entsandten Delegirten statt. Am Dienstag erschienen 200 hervorragende Delegirte aus Ulster beim Lordmayor von London und erklärten, die Bevölkerung von Ulster werde kein irändisches Parlament in Dublin anerkennen. Sollte es zum Bürgerkriege kommen, so möge das vergossene Blut über Gladstone und Morley kommen. In Belfast ist es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern gekommen.

Am Montag legte Harcourt dem englischen Unterhaus das Budget vor. Der Ueberschuß des Vorjahres beträgt 20 000 Pfund. Nach dem Vorschlag stehen 89 $\frac{1}{10}$ Millionen Einnahmen 91 $\frac{1}{2}$ Millionen Ausgaben gegenüber.

In

Norwegen

hat das ganze Cabinet wegen Differenzen mit dem König wegen der schwedisch-norwegischen Konsulatsfrage seine Entlassung eingereicht. Man ist aber der Meinung, daß die Ministerkrisis nur von kurzer Dauer sein werde, da bald ein Ministerium aus Mitgliedern der Rechten gebildet werden würde.

König Alexander von

Serbien

hat eine allgemeine Amnestie erlassen. Sämmtliche politische Verbrecher werden völlig begnadigt, die Strafen wegen anderer Verbrechen oder Vergehen bedeutend herabgesetzt. — An seine Eltern hat er ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß der bekannte Ausweisungsbefehl infolge seiner Großjährigkeitserklärung hinfällig geworden sei.

In

Rumänien

hatte die erregte Stimmung noch angehalten. Die Liberalen veranstalteten eine öffentliche Versammlung, in der heftige Ansprachen gehalten wurden. Als sich die Theilnehmer der Versammlung, um zu demonstrieren, zum Palais des Königs begeben wollten, fanden sie alle Straßen gesperrt; die Demonstranten zerstreuten sich daher. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

In

Amerika

wird die Weltausstellung in Chicago am 1. Mai eröffnet werden. Die Einleitungen beginnen bereits. In New York sind die amerikanischen und fremden Kriegsschiffe eingetroffen und großartig empfangen worden.